

# Die Volksstimme

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgesetzte Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Tegt 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

zugleich

## Volksstimme

für Bielsz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republika Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 19). Postschlüssel P. K. O., Filiale Katowice, 300 174. — Fernnachrichten: Geschäftsstelle Katowice: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Aboonement: Vierzehntägig vom 16. bis 28. 2. cr. 1,65 zł, durch die Post bezogen monatlich 4,00 zł. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteur.

# Friedensbedingungen für Indien

Nach der Aussprache zwischen Vizekönig und Gandhi — Keine Einigung des Boykotts — England soll Repressalien einstellen — Sofortige Freilassung der Gefangenen

Kalkutta. Gandhi lehnt hartnäckig die Einstellung der Gehorsamsverweigerung ab. Er ist unter den folgenden Bedingungen bereit, in Friedensverhandlungen mit der englisch-indischen Regierung einzuleiten:

1. Gewährung einer Amnestie für alle politischen Gefangenen.
2. Einstellung aller Repressalien.
3. Erlaubnis des friedlichen Boykotts von ausländischen Tuchgeschäften, Trinkstuben und Rauchgaffläden.
4. Strafreie Verlegung des Salzmonopols der Regierung während der Zeit, in der die Friedensverhandlungen stattfinden.

### Die Friedensaktion

London. Aus Delhi wird mitgeteilt, daß zwischen Gandhi und dem Vizekönig sowohl eine Verständigung erzielt ist, daß die obenbezeichneten Bedingungen zur Annahme gelangen können. Gandhi beruft nach Delhi eine Vertretung des Nationalkongresses, der über die Bedingungen entscheiden sollen. Die Tagung des Kongresses soll sich in voller Freiheit vollziehen, alsdann sollen die letzten Verhandlungen zwischen dem Vizekönig Lord Irwin und Gandhi erfolgen.

Die Stimmung über die Verhandlungen findet in folgenden Pressemeldungen ihren Niederschlag: „News Chronicle“ zu folge erstrecken sich Gandhis Forderungen auf drei Punkte: erstmals eine Untersuchung der angeblichen Übergriffe der Polizei, zweitens die Beseitigung des Salzgesetzes, drittens Erlaubnis für das Postenstehen vor den Alkoholgeschäften. Dem Korrespondenten des gleichen Blattes zufolge soll eine erweiterte Konferenz am Freitag oder Sonnabend stattfinden, zu der mehrere Mitglieder des Kongresses, der Round Table-Konferenz, sowie Vertreter der Mohammedaner und der Fürrsten hinzugezogen werden sollen. Weniger zuversichtlich ist der „Times“-Korrespondent in Delhi, der seinem Blatte kabelt, die optimistische Stimmung der letzten Tage habe einer etwas härteren Beurteilung Platz gemacht.

Die Kosten der indischen Revolution werden durch das Budget der Präidentschaft Bombay beleuchtet, das anstatt des erwarteten Überschusses von 150 000 Mark ein Defizit von 17 850 000 Mark aufweist. Dieses Defizit ist durch den Rückgang der Einnahmen, durch die allgemeine Wirtschaftskrise und durch die Propaganda gegen die Entrichtung der Postabgaben verursacht.

### Erfolg der Arbeiterpartei bei einer Nachwahl

London. Bei der Nachwahl in Old Islington wurde der Arbeiterkandidat Manning mit 10 591 Stimmen gewählt.



### „Ich bin der rechtmäßige König von England.“

sagt Anthony Hall, ein 31-jähriger Kaufmann aus der englischen Kleinstadt Hereford. Er begründet seinen Anspruch auf den englischen Königsthron, den er spätestens sofort besteigen möchte, mit seiner Abstammung väterlicherseits von Heinrich VII., mütterlicherseits von Henry Tudor, während König Georg sie nicht so erlaubter Ahnen rühmen könne. König Anthony hat bereits ein Regierungsprogramm aufgestellt, dessen wahrhaft großzügige Reformen in kürzester Zeit England zu einem wahren Paradies zu machen versprechen: Beringerung der Staatschulden auf ein Hunderttausendfach ihrer jetzigen Höhe, restlose Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Umbau von London für eine Bevölkerung von 100 Millionen Menschen, besseres Bier und verlängerte Polizeistunde. — Der Junge ist richtig!

Der Kandidat der Weltreichsreihandelspartei des Lord Beaverbrook erhielt 8 314, der konservative 7 281 und der liberale 4 550 Stimmen. Bei den letzten Wahlen hatte der Kandidat der Arbeiterpartei 15 191, der konservative 13 641 und der liberale 11 136 Stimmen erhalten. Es nahmen etwa 75 v. H. der Wähler an der Nachwahl teil.

# Mißglückter Putsch in Peru

Ein Staatsstreich gegen den Präsidenten — Die Regierungstruppen Herr der Lage — Zahlreiche Zivilisten — Gefangennahme der Rebellen

### Die Niederschlagung des Aufstandes

New York. Wie Associated Press aus der peruanischen Hauptstadt Lima meldet, wurde dort Freitag in den frühen Morgenstunden der Versuch unternommen, die Regierung des Präsidenten Cerro zu stürzen. Der Putsch missglückte jedoch und die Verschwörer flüchteten nach Callao, wo sie von Truppen umzingelt wurden.

New York. Wie aus Lima gemeldet wird, ist dort eine amtliche Erklärung über den bereits gemeldeten Putschversuch ausgegeben worden. Danach versuchte ein Trupp von etwa 60 Zivilisten und bewaffneten Soldaten um 4 Uhr morgens in den Palast des Präsidenten einzudringen. Ihr Vorhaben wurde jedoch rechtzeitig bemerkt und die Schar zog sich darauf hin nach der Hafenstadt Callao zurück, wo sie sich in dem dortigen Zollhaus verbarrikadierten. Regierungstruppen nahmen sofort die Verfolgung auf und haben die Verschwörer umzingelt.

In den Kreisen der Behörden erklärt man, daß die Aufstandsbegehung wahrscheinlich von den Anhängern des früheren Präsidenten Leguia geleitet werde. Als einer der möglichen Führer wurde General Pedro Pablo Martínez genannt. Der ganze Zwischenfall verursachte in der Hauptstadt nur geringe Störungen. Einige Läden haben geschlossen, und der Hauptplatz wird von Truppen bewacht.

### Regierungskrise in Australien?

London. Die Tagung der australischen Arbeitspartei, die in Süden stattfand, ist in völliger Verwirrung auseinandergegangen. Die Gegenseite werden als unüberbrückbar angesehen. Es besteht so gut wie keine Aussicht, daß eine für den Sonnabend anberaumte Konferenz zwischen dem australischen Ministerpräsidenten, dem Finanzminister und den Vertretern der Banken zu einem Ergebnis führen wird. Sollte die Regierung auf der Durchführung ihres Planes zur Verstaatlichung der Banken beharren, so sei, wie Exhange aus Canberra meldet, mit ihrem Sturz in aller Kürze zu rechnen.

### Deutsch-französische Verständigung?

Notwendigkeiten und Hindernisse.

Von Paul Szende.

Die Nachrichten über die deutsch-französischen Kreditverhandlungen fangen an, greifbare Gestalt anzunehmen. Unter französischer Führung soll sich eine Gruppe ausländischer Banken bereit erklärt haben, der Reichskasse einen Kredit von 32 Millionen Dollar in der Form zu gewähren, daß die an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verkauften Vorzugsaktien der Reichsbank zu einem Satz, der zwischen 6 und 7 Prozent liegen soll, diskontiert werden. Ein Drittel dieser Summe wird von der amerikanischen Gruppe, ein zweites von den Franzosen zur Verfügung gestellt, das letzte Drittel in England, Holland und in der Schweiz zur Unterzeichnung aufgelegt. Wie man sieht, ist der Anteil der französischen Gruppe in Anbetracht der beißenden Kapitalfülle des Pariser Marktes ein ziemlich bescheidener Betrag. Dennoch wirkt dieser Plan symbolisch, denn nach den Septemberwahlen verließ das französische Kapital fluchtartig Deutschland, und wenn seine Bewahrer jetzt wieder gewillt sind, dem Deutschen Reich einen Kredit zu gewähren, so zeigt das darauf hin, daß sie die nationalsozialistische Gefahr nicht mehr als bedrohlich aufsässen wie im Herbst.

In den letzten Tagen haben sich auch andere Ereignisse abgespielt, die als günstige Anzeichen für die deutsch-französische Annäherung gewertet werden können.

Serruns, früher Ministerialdirektor des französischen Handelsministeriums, jetzt Leiter einer großen Privatbank, hielt in Frankfurt einen Vortrag, in dem er in sehr zurückhaltender Weise die Möglichkeiten einer wirtschaftlich-finanziellen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten besprach. Als Mittel führte er an: Finanzierung der deutschen Industrie in Gestalt von Anleihen und Beteiligungen, Teilnahme französischer Industrie- und Bankmänner an der Leitung deutscher Aktiengesellschaften und umgekehrt. Im Interesse der deutschen Industrie wäre es in erster Reihe gelegen, daß diese Teilnahme und Beteiligung einen dauerhaften Charakter annähme.

Der Graf d'Ormesson, ein bekannter französischer Journalist, veröffentlichte einen Plan, von dem er behauptet, dazu schon im Vorhinein die Zustimmung führender Politiker und Wirtschaftsmänner eingeholt zu haben. Der Hauptgedanke des Planes, der bereits in der LV. besprochen wurde, besteht darin, daß Deutschland für die beiden nächsten Jahre 50 Prozent seiner Zahlungen auf Grund des Youngplanes erlassen werden sollen. Amerika soll erzählt werden, einen Nachlaß der interalliierten Schuldenzahlungen um ebenfalls 50 Prozent für zwei Jahre zu gewähren. Der Zahlungsausfall für Frankreich würde in diesen zwei Jahren eine Milliarde Frank betragen, das französische Kapital würde Deutschland behilflich sein, diese Summe im Anleihewege zu beschaffen. Er schlägt gleichzeitig ein Abrüstungsabkommen zwischen den beiden Staaten zwecks Herabsetzung der Rüstungsausgaben vor. Graf d'Ormesson gehört zu den französischen Publizisten, die von sich zu oft reden machen. In seiner journalistischen Vergangenheit vertrat er schon voneinander sehr verschiedene Ansichten, und sein jetziger Bedarf der Zustimmung Amerikas, was vorläufig mehr als unwahrscheinlich ist. Es steht aber außer Zweifel, daß sein Plan keine einfache persönliche Stellungnahme ist, sondern ein Führer, ein Versuch, die Stimmung zu sondieren und die Brüder zu einer Verhandlung zu bringen.

Auf französischer Seite sind es in erster Reihe finanzielle Erwägungen, die solche Pläne in Vordergrund schieben. Der Goldbestand der Bank in Frankreich übersteigt bereits 15 Milliarden, die Höhe der auf dem Pariser Markt verwendung suchenden Kapitalien wird auf 100 Milliarden Franc geschätzt. In Frankreich sind die Detailpreise trotz der überhandnehmenden Arbeitslosigkeit noch immer im Steigen begriffen. Der Führer der französischen Sozialisten, Leon Blum, vertritt von jeher die Meinung, daß diese steigende Tendenz in erster Reihe auf die Zunahme der Banknotenzirkulation zurückzuführen sei. Dem Steigen des Goldschakes entspricht eine ebensolche Zunahme der Notenzirkulation, die auf die Preise steigernd wirkt. Blum verlangt schon seit Jahren, daß dieser gedrehten Infla-

tion — die neu ausgegebenen Banknoten sind nämlich alle zu 100 Prozent mit Gold gedeckt — ein Ende gesetzt werden solle. Ein sicheres Mittel dagegen wäre die Ausfuhr der Kapitalien in Form von langfristigen Anleihen, wie es vor dem Kriege der Fall war. Bei der diesjährigen Generalversammlung der französischen Notenbank war der Wunsch nach einer Aenderung der Bankpolitik in dieser Richtung ein ziemlich allgemeiner. Als Ausfuhrland kommt in erster Reihe Deutschland in Betracht, schon mit Rücksicht auf den dortigen hohen Zinsfuß. Die deutschen Industrien und Banken genießen in französischen Finanzkreisen ein großes Vertrauen, und daß diese Zusammenarbeit so schwer gelingt, ist auf die politische Lage in Deutschland zurückzuführen. Solange Schwerindustrie und Hochfinanz ihr Liebäugeln mit den Nationalsozialisten fortsetzen, kann von einer wirklichen deutsch-französischen Zusammenarbeit keine Rede sein.

Viele französische Politiker und Wirtschaftsführer sehen ein, daß die Fortsetzung des negativen und abweisenden Verhaltens Deutschlands gegenüber auf die Dauer keine gute Politik sei. Der Vortrag von Serrus, die Artikel von Ormesson und Herriot, die Bereitwilligkeit, die Reichsbankvorgangsaktien zu diskontieren, sind Anlässe zu einer neuen, positiven Politik. Es hängt von der deutschen Regierung ab, auf diese Versuche eine Antwort zu geben, die die Zusammenarbeit ermöglichen würde.

Es herrscht in Frankreich wie auch anderen Ländern die Meinung vor, daß die deutsche Wirtschaftskrise in erster Reihe durch die übertriebene Nationalisierung hervorgerufen wurde. Die französischen nationalistischen Publizisten haben dafür eine eigene Theorie erfunden. In ihren Augen war diese Fehlnationalisierung nur ein Mittel, die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und dadurch das Mitleben des Youngplan vorzubereiten. Sie weisen darauf hin, daß die Nationalisierung in hohem Maße mit ausländischen Geldern bewerkstelligt wurde, zu gleicher Zeit aber flohen deutsche Kapitalisten milliardenweise ins Ausland, und so droht jetzt die Gefahr, daß infolge der Entwertung deutscher Industriearktien die Kosten dieser Krise das ausländische Kapital wird tragen müssen. Wir sind der Meinung, daß bei der Überreibung der Nationalisierung eher innerpolitische als außenpolitische Standpunkte maßgebend waren. Der deutsche Kapitalismus hat erkannt, daß die Nationalisierung nicht nur ein Mittel zur technischen Hebung der Produktion, sondern auch eine furchtbare Waffe im Klassenkampfe ist; er hat sich der Nationalisierung bedient, um große Arbeitermassen loszuwerden und dadurch die Widerstandskraft des Proletariats zu schwächen. Solche Waffen sind aber stets gewissendig, die großen Kosten der technischen Umstellung und der hohe Zinsfuß der ausländischen Nationalisierungsanleihen haben sich auch an den deutschen Kapitalisten gerichtet.

Die Interessen der beiden Länder stimmen in dieser Frage so ziemlich überein. Frankreich sucht Verwendung für seine Kapitalien und Deutschland braucht billige Kredite, um seine in den letzten Jahren im Auslande bezogenen Schulden zu konvertieren, auf einen niedrigeren Zinsfuß zu bringen. Hier liegt wirklich ein Schulbeispiel dafür vor, wie wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit den Interessen beider Vertragspartner gerecht zu werden vermag! Und dennoch geht diese Zusammenarbeit nur lastend und zögernd vor sich, wobei stets die Gefahr vorhanden ist, daß die angesponnenen Fäden wieder zerrißt werden. Deutschland muß einen schweren Preis dafür zahlen, daß die führenden Leute des Kapitalismus aus innerpolitischen Gründen, aus Hass und Verblendung gegen die Sozialdemokratie sich durch die Förderung des Nationalsozialismus in ein gefährliches Abenteuer einließen!

## Der langweilige Ministerrat in Madrid

Paris. Wie Havas aus Madrid berichtet, war die Aussprache im gestrigen Ministerrat über das Regierungsprogramm sehr langwierig, weil das Kabinett eine Einigung zwischen der grundsätzlichen Stellung der liberalen Minister und der grundsätzlichen Stellung der konservativen Minister herstellen mußte. Man versicherte, daß die Minister der beiden im Kabinett vertretenen Tendenzen mit der gefundenen Vergleichslösung vollkommen zufrieden seien. Die Stadtratswahlen würden am ersten Sonntag im März stattfinden, die Wahlen zu den Provinzialvertretungen Mitte Mai.

Paris. Wie Havas aus Barcelona berichtet, haben die Fraktionen der katalanischen Aktion und der republikanischen Aktion beschlossen, gemeinsam eine neue Partei zu gründen, die wahrscheinlich den Namen „Republikanisch-Katalanische Partei“ annehmen wird.



## Zwei Millionen Mark für das Schneider-Pokal-Rennen garantiert

hat Lady Houston, nachdem die englische Regierung es abgelehnt hat, zu den Kosten für diese bedeutendste Flugzeuggeschwindigkeitsprüfung der Welt beizutragen. Die Garantie der Lady Houston, die den Gesamtkosten des Rennens entspricht, ermöglicht nunmehr die Austragung des Rennens in England, das den Pokal bereits zweimal erobert hat und im Falle eines nochmaligen Sieges ihn dauernd behalten würde.

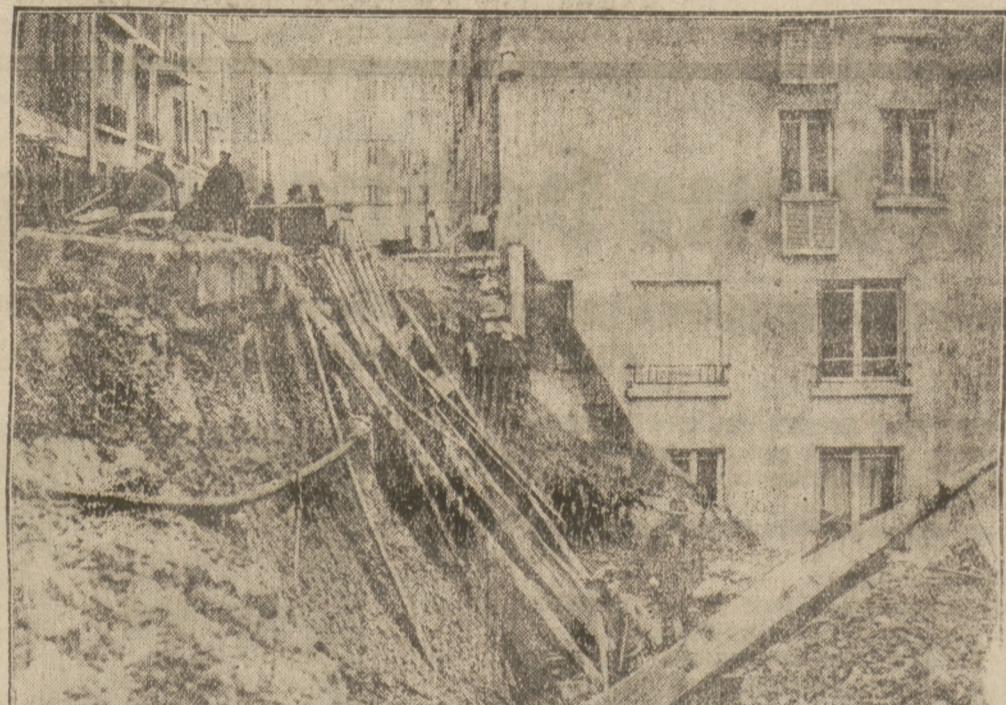
# Wiener Attentat auf König Zogu

Revolverstöße vor der Oper — Der König nicht getroffen — Ein Hofminister schwer verletzt  
Die Täter festgenommen

**Wien.** Nach der gestrigen Vorstellung in der Staatsoper wurden vor dem Operngebäude von einem bisher unbekannten Mann mehrere Revolverstöße auf ein Auto abgegeben. Der Anschlag soll dem seit einigen Tagen in Wien weilenden König Zogu von Albanien gegolten haben, der der gestrigen Opernvorstellung beiwohnte. Die Angeln trafen jedoch das Auto des Adjutanten des Königs, der schwer verletzt wurde. Obwohl recht schwer verletzt, konnte er einen Revolver ziehen und auf einen der Täter mehrere Schüsse abgeben, ohne ihn jedoch zu treffen. Dieser Täter wurde sofort vom Publikum festgenommen und der Polizei übergeben. Der zweite versuchte zu fliehen, wurde aber eingeholt und ebenfalls festgenommen. Die beiden Täter werden z. B. von der Polizei verhört. Außerdem wurden noch zwei weitere Albanier verhaftet, die an dem Attentat beteiligt sein sollen. Ihre Identität konnte noch nicht festgestellt werden. Es handelt sich aber zweifellos um albanische Emigranten. Das Attentat hatte

dem König gegolten, der jedoch hiervon erst erfuhr, als er bereits in sein Hotel zurückgekehrt war.

Zu dem gemeldeten Attentat auf König Zogu wird noch ergänzend gemeldet: Der verletzte Hofbeamte ist der Hofminister Libhova. Er erhielt einen Schuß ins Bein und wurde, nachdem man ihn verbunden hatte, in ein Sanatorium gebracht. Dem Adjutanten drang eine Kugel ins Kleinhirn und führte seinen Tod herbei. Entgegen einer früheren Meldung ist festzustellen, daß König Zogu Zeuge des Attentates war, da er ebenfalls beim Seitenausgang des Operngebäudes das Auto bestiegen hat und nicht am Hauptausgang. Er ging in das Operngebäude zurück und begab sich erst später in sein Hotel. Wieland Schöber suchte noch spät abends den König im Hotel auf, um ihm das Bedauern der Regierung über die Tat auszusprechen.



## Ein Erdrutsch in Paris

Ließ ein glücklicherweise leerstehendes kleines Haus sieben Meter tief in den Boden versinken.

# Schreckschüsse im Reichstag

Die Not der Rentner sollte erkannt werden — Ein Zwischenfall in den Wandelhallen  
Der Schütze in Haft

**Berlin.** In der Wandelhalle des Reichstages ereignete sich am Freitag nachmittag ein Zwischenfall. Ein Besucher, der sich später als Vertreter der bayerischen Rentner ausgab, gab plötzlich aus einem Revolver drei Schüsse ab, die niemand traf. Der staatsparteiliche Abg. Dr. Küll, der zufällig in der Nähe des Schülers stand, hielt diesen, als er gerade auch auf Küll anlegen wollte, fest und führte ihn mit Hilfe mehrerer Reichstagsbeamter in das Hauptbüro. Es wurde sofort die Kriminalpolizei benachrichtigt, um den Schützen abzuholen. Nach dem ersten Eindruck schien es sich um einen Geisteskranken zu handeln.

Durch die Schüsse wurde nach den bisherigen Feststellungen niemand verletzt. Man weiß auch nicht, ob es sich überhaupt um scharfe Schüsse gehandelt hat. Der Schütze ließ sich ohne weiteren Widerstand festnehmen. Es handelt sich offenbar um einen geistesgestörten Menschen.

Die Wandelhalle war zur Zeit des Zwischenfalls außerordentlich stark von Abgeordneten und zahlreichen Besuchern gefüllt, so daß es nur einem glücklichen Zufall zu verdanken ist, daß niemand getroffen wurde. Gleich nach dem ersten Schuß hatte die Mehrzahl der Besucher hinter den zahlreichen massiven Säulen der Wandelhalle Schutz gesucht. Der Täter ist ein gewisser Schmidt aus Nürnberg, der sich zur Zeit in einem Berliner Hospiz aufhält. Die Waffe, die er benutzte, war eine Schreckschüßpistole. Bei der Festnahme hat Schmidt den Abgeordneten Dr. Küll wegen seiner Tat scheinlich um Entschuldigung.

Der Schütze ist inzwischen vom Reichstag nach dem Polizeipräsidium gebracht worden. Bei seiner ersten Vernehmung gab er durchaus klare Antworten. Die Aussage, daß es sich um einen Geisteskranken handelt, scheint sich nicht zu bestätigen. Schmidt konnte eine Reihe von Ausweisen vorzeigen, wonach er tatsächlich Vertreter verschiedener Rentnerorganisationen ist. Er gab an, daß er bei den Abgeordneten in den letzten Tagen vergeblich vorstellig geworden sei und nicht unverrichteter Dinge nach Hause zurückkehren wollte. Er hat deshalb einige Schreckschüsse abgegeben, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken.

## Der Pfadfinderprozeß in Posen

**Posen.** Vor dem Posener Appellationsgerichtshof begann Freitag der sogenannte Pfadfinderprozeß gegen Führer der deutschen Jugend in Posen, Dr. Burchardt, Mielke und Preuß. Die Angeklagten, denen § 196a zur Last gelegt wird, sollen die militärische Ausbildung deutscher Jugend aus Polen in Deutschland betrieben haben. Dieses Vergehen wird darin erblitten, daß die Angeklagten verschiedenen Jugendlichen die Möglichkeit zur Teilnahme an einem Sporthilfeseminar verschafften. In der ersten Instanz wurden die Angeklagten nach einer Verhandlung hinter verschlossenen Türen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Den Vorsitz in der heutigen Verhandlung führt Oberlandesgerichtsrat Krynicki. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Cuziel, der auch in der ersten Instanz bereits Anklageverteiler war. Die Verteidigung haben die Rechtsanwälte Grzegorzewski und Spitzer. Gleich zu Beginn der Verhandlung beantragte der Anklageverteiler Ausschluß der

Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit. Die Verteidigung widerprach dem Antrage. Das Gericht beschloß, die Öffentlichkeit auszuschließen. Pressestellen und Tribune wurden geräumt. Die Verhandlung dauerte mehrere Tage.

## Französische Umstellung zu Außland?

Paris. Das Handelsministerium teilt in einer Note mit, daß der Handelsminister Rollin seit seiner Ernennung sein Augenmerk auf den Warenaustausch mit Russland und die Wirkungen der im Oktober erlassenen Verordnung über Beschränkung der Einführung russischer Produkte gerichtet habe. Er sei zu der Überzeugung gelommen, daß diese Verordnung nicht die erwarteten Ergebnisse gezeigt habe. Infolgedessen habe der Minister beschlossen, das Problem des Warenaustausches mit Russland von neuem zu prüfen. Die Dienststellen des Ministeriums prüfen augenblicklich neue Maßnahmen, die an Stelle der Verordnung vom 3. Oktober erlassen werden könnten.

## Erhöhung des französischen Militärbudgets

Paris. Der von den Abg. Bouillouq-Lafont (Madale Linke) ausgearbeitete Bericht über das Budget des Kriegsministeriums für das nächste Finanzjahr ist in der Kammer verlesen. Nach diesem Bericht ergibt sich, daß die Militärausgaben Frankreichs einschließlich der Militärausgaben für die Kolonien sich auf 8459 Millionen Franks belaufen, was eine Erhöhung um 76 Millionen Franks gegenüber dem laufenden Finanzjahr gleichkommt.

## Koalitionsrecht für die Arbeiter Japans

Tokio. Dem Abgeordnetenhaus ist eine Vorlage zugesandt, die den Arbeitern in Japan innerhalb bestimmter Grenzen das Koalitionsrecht und die Erlaubnis zu kollektivem Vorgehen verleiht. Es gibt ja zwar bereits Gewerkschaften in Japan, aber sie sind noch nicht gesetzlich anerkannt. Um die Besitzungen der Arbeitgeber zu zerstreuen, bereitet die Regierung auch einen ergänzenden Gesetzentwurf über die Kontrolle von Arbeitskollektiven vor.

## Neuland am Südpol entdeckt

Oslo. Das Außenministerium erhielt ein drahtloses Telegramm des Kapitäns Niijer Larsen von der norwegischen Südpolexpedition, wonach Larsen vom Flugzeug aus ein neues Land am Südpol entdeckt habe. Das Neuland erstreckt sich von 70,30 Grad südlich und 24,15 Grad östlich bis zu 68,40 Grad südlich und 33,30 Grad östlich. Larsen hat die norwegische Flagge und zugleich ein Dokument über die Besitzergreifung im Namen des norwegischen Staates über dem Neuland abgeworfen. Mit Zustimmung des Königs hat das neu entdeckte Gebiet den Namen Prinzessin Ragnhild-Land erhalten.

















# Der Tod geht um im Lande der Blüten

Zeitungsschreiber melden aus Japan eine geradezu unheimliche Zunahme der Selbstmorde. Viele Täfelchen Fälle ereignen sich oft an einem Tage, und die Zeitungen erzählen von ganzen Familien, die gemeinsam den Tod suchen. Jüngst sind ein Vater und eine Mutter mit ihren drei Kindern, eines das andre an den Händen haltend, in den Krater eines noch glühenden Vulkanen gesprungen. Und die Ursache dieser merkwürdigen Epidemie, die das Land der Blüten und der heiteren Festen heimsucht und, wie man sieht, urale Formen geheimnisvollen Glaubens, die Vermählung im feurigen Abgrund mit Göttern und Ahnen, schaurig erneuert? Oh, diese Ursache ist sehr prosaisch: starke Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschaftskrise und keine Arbeitslosenunterstützung, sehr mangelhafte Sozialversicherung...

In der Tat, Japan ist die jüngste der kapitalistischen Großmächte. Vor wenigen Jahrzehnten erst ist der Kapitalismus dort eingebrochen, hat im Sturm die alten Wirtschafts- und Lebensformen umgestoßen. Eine Zeit unerhörter Umwälzung brach über das Land herein, jahrtausendalte geistige und sittliche Bindungen zerbrachen, die alten Götter versanken, in dem Chaos, aus dem eine neue, die bürgerliche Gesellschaft auffaigt, galt nur eines: Bereichert euch! Jetzt aber, zum erstenmal, folgt dem kapitalistischen Siegeszug die Ermüdung. Die Wirtschaftskrise vernichtet unzählige Existenzien, die sozialen Einrichtungen sind noch nicht entwickelt genug, um dem plötzlich hereinbrechenden Elend zu steuern, und die Menschen, erschöpft, hungrig und irre flüchten aus dem Krach des Kapitalismus in die tobende Ruhe des Vulkan.

Es ist vor allem nötig, sich über die eigene Partei oder Richtung klarheit zu verschaffen: über ihre Ziele und die Mittel und Möglichkeiten, sie zu erreichen.

Auch über den Gegner und seine Sache muß man sich zuverlässig unterrichten.

Es ist falsch, in der Politik nur aus einer Quelle zu schöpfen, nur eine Seite zu hören.

Man hat gesagt: Die einzige Lehre, die man aus der Geschichte entnehmen könne, sei: daß die Menschen nie aus ihr lernen. — Dieser Satz sollte zum mindesten für den rechten Politiker nicht gelten.

Es mag schwierig sein, aus bestimmten Zeiteignissen die richtigen Rückschlüsse zu ziehen; aber wenigstens von den wahren Führern, den großen Politikern sollte man lernen.

Der politische Führer verbindet die große Leidenschaft für sein Ziel mit der Besonnenheit im Augenblick des Handelns und der Gefahr.

Unterschätzung des Gegners ist der gefährlichste Fehler im Krieg; gewiß auch im politischen.

Die Beteiligung der Frau an der Politik soll beiden — der Frau und der Politik — zugute kommen.

Jeder Mensch ist so verwachsen mit seiner Umwelt, mit seinem Volke und seinem Lande, daß er bewußt oder unbewußt dadurch bestimmt wird, nicht zuletzt in seinem politischen Denken und Handeln.

In der Eregung wird meist übertrieben und zu weit gegangen: das muß man sich immer wieder sagen bei politischen Auseinandersetzungen.

Die Demokratie verlangt Verantwortung und politische Erziehung von jedem einzelnen.

Eine Mehrheit von Anschauungen schadet nicht in der Politik, wie vielfach behauptet wird; es kommt nur darauf an, daß jede ehrlich und einständig vertreten wird.

Jede Sache — zumal der Staat — kann von verschiedenen Standpunkten betrachtet werden; jedem kommt meist eine begrenzte Berechtigung zu: So ist es möglich, daß selbst widersprechende Richtungen — ohne es zu wissen — für das gleiche Ziel arbeiten.

In der Politik wird vielfach „richtig“ und „falsch“ gesagt, wo es „mehr oder weniger“ zweifelhaft heißen sollte.

Im politischen Kampf werden die Unterschiede zumeist übertrieben, das Gemeinsame übersieht man. Der wahre Politiker muß sich von diesen Irrtümern frei halten; er schätzt Personen und Sachen so ein, wie sie wirklich sind.

„Man lasse die Geister aufeinanderplazieren und treffen; werden es sich indes verhindern, wohlan so geht's noch rechtlich Kriegsbrauch; wo ein Streit und eine Schlacht ist, da müssen etliche fallen und wund werden; wer aber redlich sieht, wird gekrönt werden.“ Dieser Satz von Luther — ursprünglich für das religiöse Leben berechnet — bewährt sich nicht zuletzt in der Politik.

Wenn das Leben eine Rechnung ist, die nie ohne Rest aufgeht, so gewiß das politische Leben: Man wird sicherlich eine Lösung für irgendeine Aufgabe, irgendeine Maßnahme finden, die nicht neben Vorteilen auch Schattenseiten hätte. Es kommt nur darauf an, was überwiegt.

In der Politik ist stets zu unterscheiden zwischen dem Wunschenkerten und dem Möglichen. Dieses letztere für die Gegenwart und nächste Zukunft zu erkennen und darnach zu handeln, ist die eigentliche Aufgabe.

Die Jugend zeigt das Ziel, das Alter hat die Mittel und Wege zu suchen.

Alle großen Gedanken brauchen erfahrungsgemäß Jahrzehnte, um Gemeingut zu werden oder gar der Vernichtung entgegenzugehen. Mit dieser Tatsache hat auch der Politiker zu rechnen, erst recht der sozialistische.

## Bücherjahr

### Her vor die Kamera!

So nennt Max Dorit sein Kampfgedicht in der Zeitschrift des Arbeiter-Wochibild-Bundes „Das Neue Bild“, dessen Februarheft eine weitere Steigerung der bisher schon beachtlichen Leistungen zeigt. Das soziale Bild, die soziale Bild- und Film-reportage stehen wieder im Mittelpunkte ausgezeichneter Beiträge, die durch nicht weniger als 30 meist hervorragende Bilder wundervoll illustriert werden. Das Heft enthält außerdem den Bericht über den Bundestag, einen Vortrag von R. Breuer über Filmzensur, Witze für soziale Filmreporter, einen Beitrag von E. Ravel über den Fotowettbewerb des Bildungsverbandes der Buchdrucker, zahlreiche technische Aussäße für Fotofreunde und eine hübsche Erzählung „Der Fotograf“, von Max Dauthendey. „Das Neue Bild“ fällt auch durch die gute Herstellung auf bestem Kunstdruckpapier wie durch eine neuartige Anordnung angenehm auf. Es ist wirklich eine Freude, die schönste Zeitschrift im Dienste der Arbeiterbewegung zu sehen. Sie kann für nur 40 Pfennig monatlich bei jeder Volksbuchhandlung, Postanstalt oder beim Verlage, Berlin S 42, bestellt werden. Auch wir wünschen ihr viele Leser.

Ein Bericht über das Bundespreisturnier wird in der nächsten Nummer auf dieser Stelle veröffentlicht.

### Arbeitschachverein Bismarckhütte.

Morgen führt eine Mannschaft nach Ruda, um gegen die dortigen freien Schächer ein Freundschaftsturnier auszutragen.

— In nächster Zeit gelangt auch das Revierspiel gegen den „Freien Sportverein“ in Siemianowiz zur Austragung. Näheres darüber wird noch bekannt gegeben.

### Freier Schachverein Hohenloehütte.

Erstmalig weilt Dienstag der Hohenloehütter Verein als Gast des „Freien Sportvereins“ in Siemianowiz. Die zusammengestellte Mannschaft, welche noch keine Turniererfahrung zu verzeichnen hat, verlor gegen die spielstarken Siemianowitzer 8:0. Der übrige Teil des Abends wurde gemeinsam mit den Einwohnern und Siemianowitzern bei musikalischer Unterhaltung und Humor verbracht.

### Rosdzia-Giechenau — Siemianowiz 1:8.

Am Dienstag weilte eine Mannschaft des „Freien Schachverein Rosdzia-Giechenau“ in Siemianowiz, um gegen die Schachsparte des dortigen „Freien Sportverein“ eine Freundschaftsturnier auszutragen. Gespielt wurden an 9 Brettern. Von den gespielten Partien gewann Siemianowiz 8 und verlor 1. Ein gemeinsamer Kommers bildete den Abschluß des Zusammentreffens.

Am Sonntag, den 1. März, nachmittags um 3 Uhr, erscheint nach Giechenau eine Mannschaft des Freien Schachverein „Hohenloehütte“, um im Bahnhofshotel auf den 64 Feldern ihre Kräfte zu messen. Vorausichtlich wird an 10 Brettern gespielt.

### Siemianowizer Qualifikationsturnier.

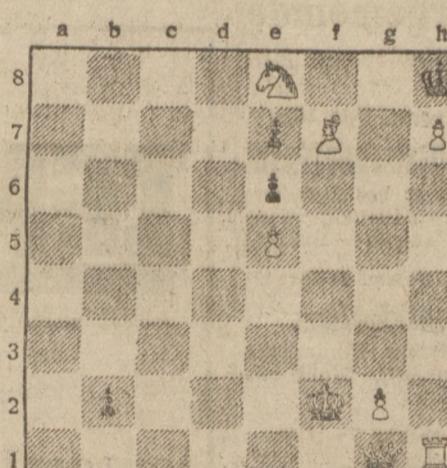
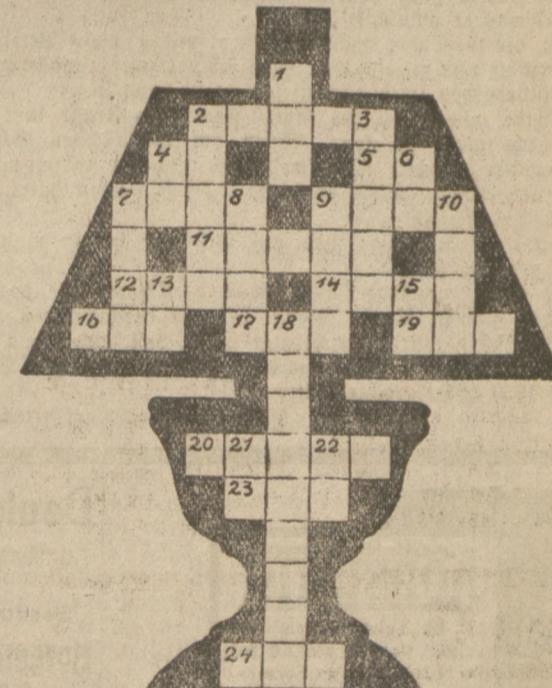
Das zweite Klasseneinteilung veranstaltete Turnier ist bis auf einzelne Partien besetzt. Von Bedeutung der noch auszutragenden Partien wäre die zwischen Gaia und Borowicz. Falls Gaia die Partie gewinnt, so steht er mit dem Tabellenersten punktgleich. Die Platzierung der Turnierteilnehmer ist folgende: Kraszuk 13½, Punkte bei 16 Partien, Gaia 12½ bei 15, Kaszak 12½ bei 16, Kołodziej 11 bei 16, Kos 9½ bei 16, Mlynec und Kołodzieje je 9 bei 16, Gwoździ 8½ bei 16, Kandzia 8 bei 13, Borowicz 7 bei 14, Blochetti 6 bei 15, Brich 6 bei 16, Ossadnik 6 bei 13, Sarnes 4½ bei 14, Grzesik Paul 3 bei 16, Grzesik Wilhelm 2 und Lebel 1 bei 16 Partien. — Sonntag, den 1. März, findet im Vereinslokal die fällige Mitgliederversammlung statt. Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist eines jeden Sportsmannes Pflicht!

### Ruda.

Am morgigen Sonntag findet im Kino die Gründungsversammlung statt, zu welcher einige Schachfreunde aus Bismarckhütte erscheinen werden. Anschließend gelangt ein Turnier zur Austragung. Beginn nachmittags um 2 Uhr.



## Kreuzworträtsel



Weiß zieht und setzt in drei Zügen matt.

### Großmeister Rubinstein in Oberösterreich.

Auf Einladung des „Polnischen Schachverbands“ wird der Großmeister Aliba Rubinstein am 23. im Königshütter Hotel „Graf Reden“, am 24. im Katowicer Restaurant Piccadilly, ul. Mickiewicza 8, am 26. im Sosnowitzer Saale „Angelika“, ul. Warszawska 22 und am 27. Februar eine 2. Simultanvorstellung vorführen. Anmeldungen werden außer vom Herrn Paul Chmielewski, Krol Huta, Rynek 13, bei Dinges in Königshütte, ul. Wolności 9, in Katowice im Koffee Licitówski und in Sosnowitz in der Konditorei „Warszawska“ eingegangenommen.

### Freier Schachbund.

Am morgigen Sonntag, vormittags um 10 Uhr, hält die Vorbereitungskommission im Katowicer Centralhotel eine wichtige Sitzung ab. Nachmittag um 4 Uhr, daselbst Bundesversammlung.

Wagerichtig: 2. Büchertisch, 4. Tierprodukt, 5. arabischer Artikel, 7. nordische Gottheiten, 9. Land in Asien, 11. Land in Afrika, 12. Raubtier, 14. Stadt in Thüringen, 16. Nebenfluss der Weichsel, 17. europäischer Staatsangehöriger, 19. Figur aus der griechischen Mythologie, 20. Papstkrone, 23. Getränk, 24. Brennstoff.

Senkrecht: 1. türkische Bezeichnung für „Feldherr“, 2. Fabelwesen, 3. Flüß in Hannover, 4. Fürwort, 6. französischer Artikel, 7. Figur aus „Egmont“, 7. Figur aus der Oper „Tiefland“, 9. Ueberlieferung, 10. Seemann, 13. Präposition, 15. ägyptischer Gott, 18. Figur aus der Operette „Die Fledermaus“, 21. Tierlaut, 22. Tonstufe der italienischen Skala.

## Auslösung des Gedankentrainings „Radio auf dem Lande“

Der Antennenmast ist ungefähr 4½ Meter hoch. Seine Höhe war leicht anzugeben, da unmittelbar neben dem Antennenmast ein Gartenstuhl mit Stühlen steht. Alle Tische sind fast gleich hoch: zwischen 76 und 78 Zentimetern. Da der Mast sechsmal so hoch wie der Tisch ist, so ergibt sich eine ungefähre Höhe von 4½ Meter.

Verantwortlicher Redakteur in Vertretung: Mag. Bonzoli, Katowice, ul. Kościuszki 29; für den Inseratenteil: Trenz Nohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita“, nakład drukarski, Sp. z o.o. odp. Katowice, ulica Kościuszki 29.



Sehr schön gespielt. Ein dreimal gedrehter Bauer wird vom Turm geschlagen.

